

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Versammlungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Beobachtungen in der Heimat

Wer längere Zeit im Felde war und dann Gelegenheit hat, die Verhältnisse in der Heimat vor sich zu sehen, kommt zu allerlei Betrachtungen. Zunächst die Umwälzung im wirtschaftlichen Leben. Überall begegnet man weiblichen Arbeitskräften und man muß oft staunen, mit welcher Geschicklichkeit die Arbeiten von den Frauen verrichtet werden. Bei allem zugreifen und mithelfen im großen Wirtschaftsgetriebe, ist Anpassungsfähigkeit vorhanden. Der augenblickliche teilweise hohe Lohn reizt, so daß oft ganze Familien im Betriebe zu finden sind. Die Kinder befinden sich in Obhut des roten Kreuzes.

Es wäre nun aber ungerecht, dieses Streben nach Geldverdiensten nur dem höheren Lohn zuschreiben zu wollen. Ganz andere Gründe sind es oft, welche die Frauen zwingen, die Familien zu verlassen. Der Würgekel des Krieges hat Not geschaffen, die nicht beschriebe werden kann. Auch müssen viele Frauen, um die Existenz ihres Mannes für die Zukunft zu sichern, seine Stelle vertreten.

Die größte Beschäftigungsziffer für weibliche Arbeitskräfte weist die Eisen- und Metallindustrie auf. Sogar in der Maschinenindustrie ist ein großer Prozentsatz vertreten. Die chemische Industrie und alle städtischen Betriebe haben viele weiblichen Arbeitskräfte in sich aufgenommen. In einer rheinischen Großstadt waren allein im Monat März d. J. 48 615 weibliche versicherungspflichtige Mitglieder bei den Krankenkassen angemeldet. Diese Zahlen sagen uns, daß die Frauen ein großes Verdienst an der Feldarbeit haben, die das deutsche Volk seit zwei Kriegsjahren geleistet hat.

Große Ueberraschungen erlebt man auch im Baugewerbe. Zwar ist die private Bautätigkeit fast ganz ins Stocken geraten, aber dafür erweitern sich die industriellen Anlagen mancherorts sehr. Auch sieht man hier und da staatliche Bauten noch unvollendet, die schon vor dem Kriege in Angriff genommen waren. Aber trotz der geringen Bautätigkeit besteht doch Mangel an Arbeitskräften. Die Tageszeitungen bringen ganze Spalten offene Stellen, die unbesezt bleiben müssen. So manchem alten Maurer, der vor dem Kriege nirgends mehr Unterkunft fand und sein Geschick nur noch als Erinnerung aufbewahrte, gewährt man jetzt freudige Aufnahme. Auch das Gastige und Ueberstürzende von ehemals hat seinen Reiz verloren. Die Menschen im Kampf ums Dasein und in ihrem Wettbewerb hatten vor dem Kriege gar keine Zeit mehr. Es schien, als wenn der Materialismus den ganzen Lebensinhalt des Menschen ausmachte. Hier hat uns der Krieg ein furchtbares Halt geboten und einen führenden Wegweiser für die Zukunft aufgestellt.

Mit Genugtuung erfüllt es einen, wenn man sieht, wie alle Stände wetteifern, um die drückendste Not lindern zu helfen. Kommissionen, zusammengesetzt aus allen Volksschichten beraten wie die brennendsten Tagesfragen zu lösen sind. Kommunen und andere Behörden nehmen gerne die Mitwirkung und den Rat auch der Arbeiter entgegen. Wir möchten nur wünschen, daß dieses Zusammenwirken auch später, wenn die schweren Tage einmal hinter uns liegen, nicht vergessen wird.

Auf dieser Stelle seien nun auch einige Wahrnehmungen von unseren Kollegen ausgesprochen, die nicht sehr erfreulich sind. Die geistige Unterhaltung und die Stimmung der Dabeimgeliebten entspricht zurzeit auch gar nicht dem Ernst der Lage, in der wir uns befinden. Dieses fällt einem um so mehr auf, wenn man die Schreden des Krieges in der vollen Wirklichkeit verspürt hat. Es mag vieles zur Entschuldigang dienen: zunächst die lange Dauer des Krieges, die Entwertung der Lebensmittel, „Brotzerreißer“,

das Verzichtleisten auf vieles, oft des Notwendigsten, der Schmerz über verlorene teure Angehörige usw. Daß dadurch die Lebensfreude geschwächt, ja sogar genommen werden kann, ist zu verstehen. Aber man soll sich doch immer vergegenwärtigen, daß es in diesem Kriege ums Ganze geht. Wenn es den Feinden gelingt, das deutsche Volk niederzuringen, dann wird Deutschland ein Lummelplatz aller Völker werden. Herrliche Städte und Kulturen, Jahrhunderte gepflegte Kunst, die durch viel Schweiß und Mühe geschaffenen landwirtschaftlichen Werte und Fluren, sie können in wenigen Tagen, wenn die Furie des Krieges darüber rast, nur noch eine Gegend sein, wo jedes Lebewesen flieht. Um dieses Ziel zu erreichen, wird von den Gegnern alles aufgeboten. War es zuerst Neid, so ist es heute Haß, der sich gleich Gewitterwolken gegen uns entlädt. Oh, könnten doch jene Kollegen, die die Opfer zu Hause nicht mehr zu ertragen glauben, die Kriegsgreuel in ihrer Wirklichkeit mal schauen. Und nun erst die schrecklichen Stunden, die unsere Kollegen im Kampfe draußen durchzukosten haben. Wer kann überhaupt solches beschreiben? Es scheint wirklich heute nach zwei Jahren Kriegszeit noch nicht überall begriffen zu sein, um was es sich eigentlich handelt.

Diese Mißstimmung ist auch vielfach bei unseren Frauen anzutreffen, doch hier kann man es verstehen. Das Haushalten ist jetzt ein Kunststück. Wer hätte auch nur geahnt, daß der Krieg solche Dimensionen annehmen könnte. Selbst unsere Staatsregierung war darauf nicht vorbereitet. Wohl war in militärischer Beziehung die Rüstung gut, und wo sich Mängel zeigten, wurde sofort Abhilfe geschaffen. Aber das wirtschaftliche Leben, besonders die Ernährungsfrage, war sich selbst überlassen und von vornherein nicht organisiert. So entstanden all die bösen Folgen mit den häßlichen Begleitererscheinungen. Die jetzige Unstimmigkeit im Volk ist das Resultat.

Mit dieser Verbitterung ändern wir aber an dem Kriege selbst nichts. Wenn solche Gedanken auch in Briefen an die Front zum Ausbruch kommen, dann wird größeres Unheil angerichtet, als manche ahnen können. Der Feind zieht daraus seine Schlüsse, und unseren kämpfenden Truppen wird die Lebensfreude und der Kampfesmut genommen. Auf die Zähne beißen und durchhalten muß immer wieder die Parole sein. Wir leben in einer großen Zeit, und diese Zeit erfordert auch ein großes Geschlecht. Der Tag des Friedens muß einmal kommen. Aber dieser Tag darf uns nicht sehen als Sklaven und gedemütigte Männer, sondern als freies Volk, das in Achtung und Anerkennung vor der ganzen Welt seine friedlichen Arbeiten unbeeengt auf dem gesamten Weltmarkt wieder aufnehmen kann. D. Meister.

Kriegsbeschädigtenfürsorge-Tagung

II. (Schluß.)

Der Mannheimer Bürgermeister von Holländer eröffnet die Hinterbliebenenfürsorge. Er vertritt die Ansicht, daß diese durch eine andere Organisation betrieben werden soll. Bei den Kriegsbeschädigten handelt es sich um Männer. Bei den Hinterbliebenen meistens um Witwen und Waisen, deren Gemüt anders behandelt werden will. Die Rentenfälle für die Hinterbliebenen erzielten nicht einmal den Tagelohn, in vielen Fällen würden die Leistungen der Armenpflege höher sein. Er schlägt bei einem Einkommen von 2500 M eine Rente bei drei Kindern von 1288 M vor, im Höchstmaß 4000 M, um das soziale Abgleiten der Hinterbliebenen zu verhindern. Unheilliche Kinder sollen nach Maßnahme der Alimentenrente empfangen, aber nicht mehr als 200 M.

Die Befehdung kann aber nicht individualisieren, deshalb bleibt die Fürsorge ein weites Feld.

Zur Kriegsbeschädigtenfürsorge in der Industrie erstatten Direktoren Probst und Reichstagsabgeordneter Begier Berichte. Ersterer zeigt, was die Industrie getan hat, um brauchbare künstliche Gliedmaßen zu erzeugen, und wie sie bemüht ist, die Kriegsbeschädigten an- und umzulernen, sowie sie möglichst in ihren früheren Berufen unterzubringen. Eine ganz gute Lösung der Gliedmaßenfrage sei noch nicht zu verzeichnen. Von der Prüfungsstelle in Charlottenburg erwartet die Industrie bessere Erfolge.

Der zweite Berichterstatter verweist auf die große volkswirtschaftliche Bedeutung der Wiedereingliederung der Kriegsbeschädigten im Wirtschaftsleben. Nach dem Krieg wird jede, auch verminderte Arbeitskraft für unsere Produktion notwendig sein. Die Kriegsbeschädigten kommen aber auch als Konsumenten in Frage. Ihre Konsumkraft kann durch entsprechende Beschäftigung und Bezahlung sehr gehoben werden. Die Rente darf bei der Lohnbemessung keine Rolle spielen. Bei der Berufsberatung müssen Arbeitgeber und Arbeiter mitwirken, wenn sie sachgemäß erfolgen soll. Den Kriegsbeschädigten dürfen keine Schwierigkeiten gemacht werden, wenn sie einer gewerkschaftlichen Organisation angehören. Arbeitsgemeinschaften, wie solche bereits in verschiedenen Gewerben entstanden sind, werden die Fürsorge am besten vollbringen.

Hg. Giesberts der als erster Diskussionsredner bei diesem Punkte zum Worte kommt, stützt die Regienischen Ausführungen und spricht den Wunsch aus, daß die Kriegsbeschädigten jenseits etwaiger Lohnkämpfe gestellt werden müssen. Bei gutem Willen auf Arbeitgeber- und Arbeiterseite wird sich auch ein gangbarer Weg finden. Zum Schluß seiner Ausführungen gibt er die Entschließung der Gewerkschafts- und Angestelltenverbände zur Kriegsbeschädigtenfürsorgefrage, die wir in voriger Nummer veröffentlicht haben, bekannt und begründet sie kurz. Bei dieser Gelegenheit machen die Selben ihren vorerwähnten Vorstoß.

Am dritten Tage wurden nicht weniger wie sieben Referate zu sechs Punkten der Tagesordnung erstattet. Dr. Luppe - Frankfurt a. M. besprach die Unterbringung der Kriegsbeschädigten im öffentlichen Dienst. Erfahrungsgemäß ist ein großer Andrang zu erwarten. Es wird aber nicht möglich sein, alle Bewerber im öffentlichen Dienst unterzubringen. Die zivilversorgungsberechtigten Militär-anwärter haben einen Vorrang bei der Besetzung der unteren Beamtenstellen und der Hälfte der mittleren Stellen, die Gemeinden sind in der Auswahl ihrer Beamten an diese Bestimmungen gebunden. Neben dem zivilversorgungschein wird auch noch ein Anstellungschein auf Versorgung in Unterbeamtenstellen erteilt für solche, die hierfür die Qualifikation besitzen. Staat und Gemeinden müßten nach dem Kriege die Zuzugsausgaben und Kosten für große Bauten einschränken; in dieser Uebergangszeit werde es wohl möglich werden, einen gewissen Prozentsatz von Kriegsbeschädigten im öffentlichen Dienst unterzubringen. Die Behörden müßten in dieser Hinsicht tun, was in ihren Kräften steht.

Die Verwendungsmöglichkeit der Kriegsbeschädigten im Handel wurde von Kommerzienrat Sednaden-Born und dem Vertreter des deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes Döring - Hamburg behandelt. Ersterer vom Standpunkte des Arbeitgebers, letzterer von dem der Angestellten. Wurden auch mancherlei Möglichkeiten, Kriegsbeschädigte im Handel unterzubringen, zugegeben, so mußte doch vor Ueberlaufen dieses Berufes auch gewarnt werden, was Herr Döring in ruhiger sachlicher Weise tat. Däcker - Obermeister Diener hat die Verwendungsmöglichkeit der Kriegsbeschädigten im Handwerk zu besprechen. Seine Ausführungen konnten bei der Kürze der Zeit nicht erschöpfend sein, zeigten aber doch, daß die Handwerker in dieser wichtigen Frage im sozialen Sinne

wirken wollen. Er befürwortete u. a. in warmer Weise die Arbeitsgemeinschaften.

Der Arbeitsnachweis für Kriegsbeschädigte wurde von Dr. Fischer-Nürnberg besprochen. Hauptgrundsatz müsse es bleiben, die letzteren nach Möglichkeit ihren alten Berufen zu erhalten und sie nicht ohne zwingende Not in neue Berufsverhältnisse zu bringen; das gelte auch für die Bestrebungen, Kriegsinvalide in der Landwirtschaft unterzubringen. Eine Zentralstelle sollte geschaffen werden, in der alle Fäden der Invalidenfürsorgefragen zusammenlaufen. Die Invalidenfürsorgestellen müßten bei der Arbeitsvermittlung mit den öffentlichen und sachlichen Arbeitsnachweisen zusammenwirken. Eine Berufsschulung werde in manchen Fällen der Arbeitsbeschaffung vorangehen müssen. Für innerlich Kranke werde unter günstigen Umständen die Beschaffung einer Heimarbeit in Betracht kommen. Der Invalidenarbeitsnachweis werde vor allem sein Augenmerk darauf richten müssen, die Kriegsbeschädigten möglichst in dauernde Stellen unterzubringen.

Freifrau von Bissing sprach über die Mitarbeit der Frau in der Kriegsbeschädigtenfürsorge. Durch Zusammenschluß haben sich alle Kräfte der verschiedensten Frauenorganisationen zur Verfügung gestellt, um im engsten Anschluß an die staatlichen und gemeindlichen Organisationen diejenigen Arbeiten auszuführen, welche dem weiblichen Empfinden am nächsten stehen. Auf diese Weise will man die Fürsorge der Behörden, der Geistlichkeit, der Ärzte unterstützen und ergänzen und die Pflegebefohlenen den örtlichen Fürsorgestellen zuführen. Das Zentralkomitee der Frauenarbeit hat in Preußen diese Sammlung der Kräfte vollzogen und stützt sich dabei auf alle Arten von Frauen- und Wohlfahrtsvereinen, ferner auf solche Vereine, welche den Säuglings- und Mutterschutz usw. sich zum Ziele gesetzt haben. Eine große Zahl geschulter Kräfte stehen so dem Zentralkomitee zur Seite, das im Verkehr mit allen Landesteilen Anregungen und Erfahrungen sammelt, um sie bei der Lösung der verschiedenen Aufgaben zu verwenden. Eingehend schilderte die Vortragende die Tätigkeit der Fürsorgereinen, sowie die aufopfernde Mithilfe vieler Frauen in der Familienfürsorge, wo sie namentlich auch durch Aufklärung und Belehrung viel Gutes leisteten und zur Erleichterung des Lesens der Kriegsbeschädigten beitrugen. In der Jugend müßte vor allem die Ehrfurcht vor den Weibern der Kriegsbeschädigten gestärkt werden.

Die Fürsorge für die Familien der Kriegsbeschädigten wurde von Pastor Kießling-Hamburg behandelt. Die Familienfürsorge müsse im engsten Zusammenhang mit der ärztlichen und Arbeitsversorgung erfolgen. In manchen Fällen dürfte sich eine größere Unterstützung auf einmal empfehlen, als kleinere dauernde Unterstützung. Auf diese Weise wird sich die Einordnung von Frauen Kriegsbeschädigter in das Erwerbsleben leichter bewirken lassen, wie bei der Hinterbliebenenfürsorge. Durch eine zweckentsprechende soziale Familienfürsorge würde das Eingreifen der öffentlichen Armenpflege sich vielfach erübrigen. Zur Beratung aller dieser in Frage kommenden Aufgaben empfehle sich die Bildung eines Unterausschusses seitens des Reichsausschusses. Als Trägerin dieser Familienfürsorge dürfte die öffentliche Armenpflege nicht in Betracht kommen. Man sollte zu diesem Zwecke ein Organ halb

privaten und halb behördlichen Charakters schaffen, das mit der sozialen Familienfürsorge für die Kriegsbeschädigten auch die Durchführung der Hinterbliebenen- und Veteranenfürsorge übernehmen müßte.

Den meisten Referaten folgten kurze Aussprachen, auf die wir des Raum mangels wegen nicht eingehen können. Die Referate sind ja auch nur andeutungsweise gestreift worden. Jedenfalls hat die Kölner Tagung gezeigt, daß in allen Volksteilen der Wille vorhanden ist, den Kriegsbeschädigten zu helfen. Mögen das Gefühl der Dankbarkeit bei dem einen, die christliche Nächstenliebe bei dem anderen, und reale volkswirtschaftliche Gründe bei den dritten zusammenwirken, damit es nicht nötig wird, nach Friedensschluß über Interessentlosigkeit für die Noth unserer Kriegsbeschädigten Brüder zu klagen. Die Arbeiterorganisationen werden ihren Teil der Aufgaben auf diesem Gebiete nach bestem Können zu erfüllen suchen und, wenn's notwendig wird, gewissenhaft wirken.

Ein Programm und ein Buch zur Wohnungsreform

Die christlich-nationale Arbeiterschaft sieht mit großem Vertrauen dem endlichen Ausgang des ungeheuren Völkerrings entgegen und glaubt fest an einen für uns günstigen Frieden. Das zeigt die inmitten des tosenden Weltkrieges geleistete stille Vorarbeit der Daheimgebliebenen zur Lösung wichtiger sozialer Aufgaben in Friedenszeit. Nach mehr als einjähriger Vorberatung hat der Ausschuss für die christlich-nationale Arbeiterbewegung, Mitte August 1916, ein Programm fertiggestellt für künftiges Schaffen, mit Forderungen an die innere deutsche Politik, an Staat und Gesellschaft. Als besonders vordringlich sind Teile dieses Programms, die auf die Wohnungsreform bezüglichen Forderungen und Wünsche bereits veröffentlicht worden. Sie laufen in der Hauptsache auf Schaffung von Kleinwohnungen, unter Mitwirkung der Gemeinden, von Staat und Reich hinaus, insbesondere auch auf Schaffung von Kriegerheimstätten. Andere Wünsche beziehen sich auf die Reform des Boden- und Hypothekenrechts. Gleichsam zur Erläuterung, zur Begründung und Ergänzung dieses Programms ist fast gleichzeitig mit ihm ein fast 200 Seiten starkes Buch erschienen: „Die Arbeiterwohnungsfrage in Deutschland“ dargestellt von Mich. Gasteiger, Redakteur des „Arbeiter“ in München.

Das Buch Gasteigers ist eine fleißige, verdienstvolle Arbeit, dazu geeignet, der Sache selbst wie auch der Arbeiterbewegung zu dienen. Das vorzüglich angelegte Buch ist eine Fundgrube für soziales Wissen und enthält dazu eine Geschichte der Wohnungsreformbestrebungen, sowie der Boden- und Wohnungspolitik in Deutschland überhaupt. Gasteiger hat aus der reichen vorhandenen Literatur geschöpft, dabei seine aus langjährigen praktischen Erfahrungen erworbenen Kenntnisse sorgfältig verwendet. Es ist keine nüchterne Aneinanderreihung statistisch erfasster Missstände, keine schematische Darstellung dessen, was dagegen schon geschieden ist oder zu geschehen hat, es sind vielmehr Bilder aus dem durch Armut oder Unglück beschwerten Leben, Wünsche und Forderungen erhoben aus Mitgefühl und Idealismus, gestellt aus sittlich-religiösen Gründen, aus gesundheitlichen, ge-

sellchaftlichen und vaterländischen Bedürfnissen heraus. Der Verfasser verabsäumt dabei nicht, den zu nicht Beteiligten, den Arbeitern und allen Wohnungsbedürftigen zu sagen, daß sie mehr als bisher mitarbeiten und mithelfen müssen bei Lösung der Wohnungsfrage. Er sagt mit Recht auf Seite 6: „Die Bestrebungen zur Lösung der Arbeiterwohnungsfrage müssen künftig ureigenstes Arbeitsgebiet der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen selbst werden im Zusammenwirken mit den Wohnungspolitikern, Wohnungsreformern und ihren Organen.“ Und auf Seite 45 wird den Organisationen mit Nachdruck vor Augen geführt, wie sehr ihre Arbeit gehemmt wird, durch die infolge schlechter Wohnungsverhältnisse auf die Arbeiterschaft wirkenden Verhältnisse und Stimmungen. Im dritten Teil seines Wertes, Seite 130, spricht Gasteiger mit bitterem Humor seine Verwunderung darüber aus, „daß weite Kreise der Arbeiterschaft sich für die verhältnismäßig untergeordnete Frage lokaler V i e r p r e i s e r h ö h u n g e n mit aller Kraft einsetzen, während sie gegenüber der Kardinalfrage, ob ihre Frauen und Kinder den größten Teil ihres Lebens in menschenwürdiger Wohnungen und Schlafräumen zubringen oder nicht, in hohem Maße die Tugend der Resignation üben.“ Auch die Frauen, die Frauen- und Arbeiterinnenvereine werden aufgerufen zur Mitarbeit, denn die Arbeiterwohnungsfrage ist ein bedeutsames Stück der Frauenfrage.

Schon im ersten Teile des Buches ist auf die sachlichen Schwierigkeiten verwiesen, die die Nichtbeteiligung der Minderbemittelten an den Bestrebungen der Wohnungsreformer zu einschubigen geeignet sind. Im dritten Teil: Arbeiterbewegung und Wohnungsfrage, wird weiter dargetan, wie insbesondere auch die ablehnende Haltung der politischen Sozialdemokratie hemmend auf die Lösung der Wohnungsfrage gewirkt hat; sie hat früher auch die gemeinnützigen Baugenossenschaften als Armenunterstützungsvereine angesehen und grundsätzlich bekämpft. Der Streit der Parteien und Interessentengruppen, der Widerstand mancher Hausbesitzer gegen gemeindliche Wohnungsreform waren der Sache ebenso wenig förderlich.

Bei Beleuchtung dieser Verhältnisse wird jede verkehrende Kritik vermieden, vielmehr versucht, vorhandene Gegensätze zu überbrücken: „Die christlich-nationale Arbeiterschaft, die auf eine gesunde Wohnungspolitik drängt, steht durchaus in keiner Feindschaft gegenüber dem seßhaften und soliden Hausbesitz. Dieser hat vielmehr ein reges Interesse an allen Unternehmungen, die der ungesunden Spekulation entgegenarbeiten... Gerade in der Wohnungsfrage finden wir eine weitgehende Uebereinstimmung der ärmeren Klassen mit dem Mittelstand... Zwischen dem Arbeiterstand und dem selbständigen Handwerk decken sich hier die beiderseitigen Interessen; beide kämpfen für Verbesserung ihrer Lage.“ Bei aller Bestimmtheit der Forderungen wahrte das Buch stets eine versöhnliche Note.

Aus dem reichen Inhalt sei hier kurz verwiesen auf die ausführliche Abhandlung über die Kriegerheimstätten. Der Verfasser mahnt dabei vor zu weitgehenden Hoffnungen, aus Gründen, die in der Sache selbst und in persönlichen Verhältnissen liegen. Beachtenswert sind die Ausführungen über die Sparpflicht, Wohnungsrente für Kinderreiche, den patriarchalischen Wohnungsbau der Arbeitgeber, die ländliche Wohnungspolitik usw. Der zweite Teil des Buches

Feldpostbrief

S. . . , d. 17. 8. 16.

Werte Kollege!

In der „Baugewerkschaft“ Nr. 30 vom 23. 7. 16 lese ich unter anderem in dem Feldpostbrief des Kollegen Futterbrodt, daß die Schreibfertigkeit der im Felde lebenden Kollegen nachlasse. Auch ich muß mich dem anschließen; will aber doch Besserung nehmen, wieder einmal ein paar Zeilen an Dich zu schreiben.

Wer, so wie ich, hier in S. festhält, hat wirklich von kriegerischen Ereignissen nicht viel zu schreiben. Von den Tätigkeiten der einer Mil.-G.-Dir. unterstellten Formationen könnte vieles geschrieben werden; aber Du weißt es ja am besten, daß das zum größten Teil Arbeiten sind, die nicht in alle Welt hinausposaunt werden dürfen, und da wird eben geschwiegen. Hier haben wir nur etliche Angriffe französischer Flieger zu verzeichnen, die sich namentlich auf das Ruhrgebiet beschränken und sich in letzter Zeit öfter wiederholt haben. Es ist ein hohles Gebell, wenn das Abschweigen des Nachts in Tätigkeit tritt, unterbrochen von dem „Lal, lal“ der Maschinen. Die Flieger haben es namentlich auf unsere schwachen Verbindungen abgesehen. Sie wissen nur zu gut, daß wir in dem Bezirk guter Verkehrsverbindungen sind, und das von einem guten Eisenbahnenetz zu hoffen und zu erwarten ist, das helfen uns die über zwei Jahre seitlich verlaufenden. Allerdings geschähe, daß alles bis ins kleinste Detail organisiert und richtig ausgeführt ist. Der Verkehr Erfolg läßt, wenn wir die an anderen Orten verzeichnen, die Beschränkung zu, daß wir uns nicht verfahren können. Um so mehr ist es zu wünschen, wenn durch Übertragung der französischen Eisenbahnlinien möglichst rasch ein Weg, der uns von den westlichen Fronten zu trennen und so auf die Operationen

durch erschwerten Nachschub einzuwirken. Zerstörungen durch Fliegerbomben sind meistens schnell behoben, so daß sich auch dadurch kaum ein Einfluß auf den Verkehr geltend macht.

Vor kurzer Zeit las ich in einem Feldpostbriefe, den die Firma Meißner u. Co. ihren Angehörigen ins Feld sandte, daß deutscher Fleiß auf dem Boden eine Drahtseilbahn hat entstehen lassen, gebaut von deutschen Eisenbahntruppen, welche bei einer Länge von 4 Kilometern eine Höhe von 950 Metern überwindet und in 20 Betriebsstunden täglich 150 Tonnen zur Höhe fördert. Um diese Menge auf dem Landwege fortzuschaffen, wären 75 Lastautos nötig. Ich brauchte eigentlich nicht erst so weit zu eilen; denn auch hier im Westen sind Seilbahnen in vollem Gange. Du siehst aber hieraus, es geht nicht nur auf den Schienen, sondern auch in der Luft wird Proviant und Munition für unsere tapferen Kämpfer nach vorn zur Front geschafft.

Die Hauptsache ist aber die, daß man etwas zum Transportieren hat, und da ist es erfreulich, in den Zeilungen nur Gutes über unsere fünfjährige Ernte zu lesen. Selbst wir hier draußen haben unsere Hände nicht in den Schoß gelegt. Ein jeder trug an seinem Teile dazu bei, um etwas zu schaffen. Wir bewirtschafteten einen Garten, wo Gemüse gezogen wird, und ich kann Dir versichern, es wird so manche von den uns zustehenden Portionen erspart, die wir sonst dem Vaterlande entgegen müssten. So sind wir bestrebt, noch neben unseren anderen Pflichten an der Ernährung der Mitbewohner, in der Hoffnung, die Ausnahmspläne unserer Feinde zu durchkreuzen.

Auch bei Euch in der Heimat fehlt es ja nicht an Arbeitern, die sich ganz besonders der Kriegsernährungsfrage gewidmet haben. Ich denke da an das Kriegsernährungsrat, in welchem nicht nur der aus Eisenbahnen sehr bekannte Chef des Reichsbahnverkehrs,

sondern auch unser Kollege Stegerwald, hofentlich zum Wohle der ganzen Nation, eifrig tätig sind.

Ob Dir bekannt ist, daß hier im Westen eine Zeitung für die III. Armee erscheint, weiß ich nicht. Die Zeitung führt den Namen „Der Champagne-Kamerad“ und bringt unter anderem auch Briefe von den an der Front Stehenden. In einer der letzten Nummern stand ein Brief mit der Ueberschrift „Ein offener Brief an alle, die es angeht“. Er lehnte sich mit Recht gegen die Wiesmader auf, die durch ihr Verhalten sicher nicht zum Gelingen des großen Zieles beitragen. Dem Schreiber mußte man in allen Punkten recht geben, zumal er ganz richtig betont, daß gerade diejenigen, die so lange noch zu Hause waren und erst jetzt an die Front gehen, den andern das Leben versauern. Trifft das nicht auch so passend auf unser Verbandsleben zu? Wohl hat der Krieg die Verhältnisse verschoben. Aber sind es nicht bisher immer die alten Kollegen gewesen, die sich in jede Lage zu fügen wußten? Es geht nicht alle an. Es soll auch bei mir heißen: „Eine Frage an alle, die sie angeht.“ Ich glaube aber, dieselbe hat ihre Berechtigung, und mancher Kollege wird sich ernstlich prüfen müssen. Gut ist es, daß Ihr von Anfang an die „Baugewerkschaft“ ins Feld gesandt habt, um so durch die Schrift viele Kollegen auf dem laufenden zu halten.

Ich danke noch besonders für die Uebersendung einiger Broschüren und des Zentralblattes. Sie enthalten wertvolle Abhandlungen, die nicht nur unterhalten, sondern mich auch in den Stand setzen, mancherlei Auffassung bei Gesprächen zu klären. Hoffentlich wird bald die Zeit kommen, wo die Zeitung nicht mehr den weiten Weg zu nehmen braucht. In der Hoffnung, daß dieselbe bald kommen wird, wir uns beim Wiedersehen die Hand reichen und dann wieder unsere allgewohnte Arbeit aufnehmen können, verbleibe ich mit kollegialem Gruß
Dein E. Strizel, Feldweibel.

ist ganz dem Genossenschaftswesen gewidmet und im dritten Teil kommen alle Glieder der christlich-nationalen Arbeiterbewegung mit Bezug auf ihre wohnungsreformerische Tätigkeit zur Darstellung. Das Buch verdient die weiteste Verbreitung.
Carl Schirmer.

Allgemeines

Das **Eiserne Kreuz** erhielten folgende Kollegen: **Gesreiter Jos. Peterel**, Mitglied der Zahlstelle Salzaufen; **Anton Kurth**, Mitglied der Zahlstelle Gutzkirchen; **Jos. Pambert**, Mitglied der Zahlstelle Nichtenbusch; **Heinrich Breuer**, Mitglied der Verwaltungsstelle Warenborn; **Richard Balzer** aus Gribigsdorf, Mitglied der Zahlstelle Gölzig; **Jos. Berg**, Mitglied der Zahlstelle Nagen, Dachbeder; **Karl Dietz**, Mitglied der Verwaltungsstelle Krefeld; **Unteroffizier August Schiller**, Mitglied der Verwaltungsstelle Berlin.

Schmerzliche Kriegsoffer. Von einem schweren Verlust wurde der christliche Textilarbeiterverband betroffen. Am 15. August fiel an der Somme sein Verbandsredakteur **Anton Heutmann**. Mit ihm ist eine der edelsten und sympathischsten Gestalten aus der christlichen Arbeiterbewegung dahingegangen. Treue und Selbstlosigkeit zeichneten ihn aus, dabei ein kluger Kopf, dessen ganzes Wesen von der Pflicht für die Arbeitervertretung erfüllt war. Sowohl der christliche Textilarbeiterverband wie die gesamte christliche Arbeiterbewegung wird Heutmann schmerzlich vermissen, da große Hoffnungen auf ihm beruhten.

Auf den russischen Schlachtfeldern hat der Angestellte des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter **Wilhelm Breddemann** den Heldentod erlitten. Der Verstorbene, der an der Spitze der Jugendabteilung des Gewerkschafts stand, war ein besonders talentierter, ideal veranlagter Gewerkschaftler, der zu den weitgehendsten Hoffnungen für die Zukunft berechnete. Die feindselige Kugel hat einem hoffnungsvollen Leben ein frühes Ziel gesetzt und in unsere christliche Arbeiterbewegung eine schmerzliche Lücke gerissen. Das Andenken Breddemanns wird dauernd in Ehren gehalten.

Vermisselt wird seit Ende April der Vorsitzende des Angestelltenverbandes, Kollege **Emil Schmidt**. Die letzte Nachricht über ihn von einem Sanitätsunteroffizier besagt, daß Schmidt am 20. April d. J. schwer verwundet wurde und in Gefangenschaft geriet. Ueber sein weiteres Schicksal ist nichts mehr bekannt geworden. Noch darf gehofft werden, daß er sich am Leben befindet und später zurückkehren wird.

Anschluß an den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften. Der Verband des bayerischen Post- und Telegraphenpersonals hat auf Grund einer Urabstimmung in seinen Obmannschaften den Anschluß an den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften vollzogen. Damit ist eine bedeutende Entwicklungsperiode in der Geschichte des genannten Verbandes zum Anschluß gekommen, die mehr als ein Jahrzehnt umfaßt. Schon mehrmals war der Anschluß an die christlichen Gewerkschaften angestrebt und versucht worden. Auf den Generalversammlungen 1906, 1907 und 1913 standen darauf abzielende Anträge zur Verhandlung, fanden aber infolge heftiger Opposition nicht die genügende Mehrheit. Es zeigte sich jedoch, daß die Zahl der Gegner des Anschlusses von Jahr zu Jahr kleiner wurde; und nun haben die Kriegserfahrungen das übrige getan, um dem Zentralisationsgedanken zum Siege zu verhelfen. Mit überwältigender Mehrheit — nur in wenigen Obmannschaften waren vereinzelte Stimmen dagegen — haben die Mitglieder nimmehr den Anschluß beschloßen. An seiner praktischen Tätigkeit und seinen Grundfragen braucht der Verband des bayerischen Post- und Telegraphenpersonals (abgekürzt: Bayerischer Postverband) nicht das geringste zu ändern: er stand seit jeher auf dem Boden der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, was auch durch seine Zugehörigkeit zum deutschen Arbeiterkongress öffentlichen Ausdruck fand. Durch den Anschluß vergrößert sich der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften um eine gutgeleitete, innerlich gesunde und gesteuerte Staatsangestelltenorganisation, der 45 Obmannschaften mit etwa 11 000 Mitgliedern (vor dem Kriege waren es genau 14 190) angehören. Wir heißen den Bayerischen Postverband in der Gemeinschaft der christlichen Gewerkschaftsbewegung herzlich willkommen und werden unsererseits bemüht sein, die neue Arbeitsgemeinschaft für alle Teile fruchtbringend zu gestalten!

Das Interesse am Ausgang des Krieges. Nach der „Sozialdemokratischen Feldpost“ (Nr. 6. 1916) führte der Abgeordnete Scheidemann in einer Versammlung in Waldenburg folgendes aus: „Wenn Deutschland zerschmettert wird, dann haben Millionen von Volksgenossen ein furchtbares Geschick zu erwarten durch die Bedrückung der Sieger. Dann würde Deutschland wieder ein Agrarstaat werden, der keine Technik entwickeln kann, der ein jämmerliches Dasein führen würde (Zustimmung). Mit einem solchen Loos würde aber nicht nur die Lohnarbeiterklasse getroffen, sondern alle die Kleinen und mittleren Schichten des Bürgertums und Beamtenums.“ In der gleichen Nummer sagt die „Soziald. Feldpost“ in einem Leitartikel zu demselben Kapitel: „Uns muß die organisierte Arbeiterschaft bekümmern; denn die

Zur Beachtung! Sonntag, den 17. Sept., ist der 29. Wochenbeitrag fällig. Jeder ernste Gewerkschaftler zahlt seine Beiträge pünktlich.

Entscheidung unter den gleichen Begleitumständen wie am 1. August zu fällen wäre, wir müßten hinauszutreten zur Verteidigung des Vaterlandes! Die deutschen Arbeiter tun das um ihrer selbst willen!“

Unerhört hohe Gewinne einer Konservenfabrik. Nach dem Geschäftsergebnis der Konservenfabrik Joh. Braun Aktiengesellschaft in Pfeddersheim bei Worms hat dieselbe für das abgelaufene Jahr bei 1 Million Aktienkapital 1 421 000 M Reinverdienst erzielt. Derselbe setzt sich zusammen aus einer Dividende von 25 Prozent, 100 000 M Ertragszuschuß an die Aktionäre, 287 000 M Rückstellungen; außerdem konnte das Gläubigerkonto von 185 000 M auf 369 000 M = 784 000 M erhöht werden. Blatt verdient wurden, so schreibt die „P. W.“, fast 1 1/2 Millionen Mark, also fast 150 Prozent. Bei einem solchen Uberschuß brauchen einen die mehr als hohen Preise der Konserven nicht zu wundern. Verwunderung erregt nur, daß solche Nebenverdienste zu erzielen möglich sind und keine gesetzlichen Maßnahmen existieren, die eine solche rücksichtslose Ausbeutung der Verbraucher verhindern. Unsere Vorsehung ist also nach dieser Seite hin mehr als lächerhaft. Höchste Zeit ist es daher, daß hier etwas Durchgreifendes zum Schutze der Konsumenten geschieht.

Bergarbeiterengagen. Die vier Bergarbeiterorganisationen haben mehrere gemeinsame Eingaben zwecks Erleichterung der Lebenslage der Bergarbeiter an die maßgebenden Stellen gerichtet. Eine zunächst an den Zechenverband, worin eine Erhöhung der Löhne als dringend notwendig gefordert wird. Ferner werden praktische Vorschläge für die Winterversorgung mit Karloffeln gemacht. Sodann eine weitere Eingabe an das Kriegsernährungsamt, die eine gerechtere Verteilung der Lebensmittel verlangt. Insbesondere wird gegen eine Bevorzugung der Weibler, wie sie auf verschiedenen Zechen in Erscheinung getreten ist, entschieden Stellung genommen.

Die neuen Lederpreise. Durch die am 1. September in Kraft getretenen reduzierten Höchstpreise für Leder tritt auch für Sattler eine Verbilligung ein. Der seitherige Preis von 8,25 M für das Rilo ist vom laufenden Monat ab auf 7 M festgesetzt. Vor dem Kriege betrug er im Kleinhandel etwa 4,50 bis 5 M, so daß wir immerhin noch eine Verteuerung des Leders von 40—50 Prozent haben; im Großhandel ist die Spannung zwischen den neuen Lederpreisen im Verhältnis zu den Friedenspreisen noch viel größer. Im Vergleich zu den milden Preisen im Kriegswinter 1914/15 mit 14 und 15 M per Rilo, ist allerdings der neue Höchstpreis um mehr als die Hälfte zurückgegangen, ein Zeichen, wie die damaligen hohen Preise lediglich auf die Spekulation und die Gewinnsucht der Fabrikanten und Händler zurückzuführen sind. Es ist nicht ausgeschlossen, so heißt es in einer anscheinend offiziellen Notiz, daß die amtlichen Stellen in absehbarer Zeit noch eine weitere Herabsetzung vornehmen werden. Hoffen wir es.

Der Holzbedarf der Zeitungen. Die Rotationsdruckmaschine ist neben dem Ofen und dem Baumeister der größte Holzverlänger der Welt. Geradezu ungeheuer sind die Holzbedürfnisse, die alljährlich für den gesamten Papierbedarf der Welt geschlagen werden müssen, und der größte Verbraucher an Holzpapier ist die Presse. Im Jahre 1910 belief sich die Gesamtmenge von Holz für den Weltpapierbedarf auf 38 Millionen Festmeter, wovon allein auf Deutschland sieben Millionen Festmeter entfielen. Die jährliche Papiererzeugung der Welt hat einen Wert von über einer halben Milliarde Mark. In Deutschland gibt es über 600 Holzschleifereien, die insgesamt jährlich etwa eine Million Kubikmeter Holz im Werte von etwa 15 Millionen Mark verbrauchen. Die deutsche Zellstoffherstellung umfaßt ungefähr 55 Fabriken, deren Gesamtholzverbrauch z. B. im Jahre 1912 3,5 Millionen Kubikmeter betrug. Die sächsischen Holzschleifereien brauchen etwa die Hälfte des Jahresbedarfes der sächsischen Staatsforsten.

Rußland und seine Bevölkerung. Das russische Reich hatte nach der Zählung von 1897 eine Gesamtbevölkerung von 125,6 Millionen. 1912 zählte es 171 Millionen Einwohner. Davon entfielen

auf	Millionen
das europäische Rußland	122,6
das Reichsgebiet (Zarum Polen)	12,8
den Kaukasus	12,3
das Steppengebiet und Mittelasien	10,7
Sibirien	9,6
Finnland	3,1
Gesamt Rußland	171,1

In dieser Zahl steckt eine Unmenge der verschiedensten Völkerschaften. Die wichtigsten derselben sind die Großrussen (55,7 Millionen), die Kleineren (22,1 Millionen), die Weißrussen (5,9 Millionen), Polen (8 Millionen), Juden (5,1 Millionen), Kirgisen (4,1 Millionen), Tataren (3,7 Millionen), Deutsche (1,8 Millionen), Litauer (1,7 Millionen), Partwelen (1,4 Millionen), Dajstiren (1,3 Millionen), Armenier (1,3 Millionen), Rumänen (1,1 Millionen).

Der Viehstand Englands zeigt in seiner Zusammenfassung nach Viehzählungen heute das gleiche Bild

wie vor 40 Jahren. Nach wie vor herrscht nach der Bestandsziffer (1912 rund 12 Millionen Stück) bei weitem die Schafhaltung vor. Es folgen, wie 1872, die Rinder (1912 rund 12 Millionen Stück). An dritter Stelle stehen die Schweine, die mit rund 4 Millionen Stück nicht über die Bestandsziffer des Jahres 1872 (4,2 Millionen) hinauskommen, und der Pferdebestand schließlich ist auf rund 2 Millionen Stück stehengeblieben. Der Engländer zahlte pro Kopf der Bevölkerung im Jahre 1912 für Fleisch rund 22 M an das Ausland, wogegen der Deutsche noch nicht 2 M (1,87 M) seines Aufwandes für Fleisch an das Ausland abzugeben brauchte, allerdings dafür um so mehr für Futtermittel.

Keine Erhöhung der Zuckerpriese! Um den Zuckerrübenbau zu fördern, ist, wie bekannt, den Rübenbauern eine Erhöhung von 50 Pf. pro Zentner diesjähriger Ernte zugesagt worden. Von Sachverständigen wird eine Steigerung des Rübenanbaues um 10 bis 12 Prozent gegenüber der um ein Drittel eingeschränkten Anbaufläche letzter Ernte angenommen; die an die Preiserrhöhung geknüpften Hoffnungen haben sich somit nicht ganz erfüllt. Die Aussichten der Ernte werden als gut bezeichnet. Ungeklärt blieb bisher die Frage, ob der Preiserrhöhung für die Zuckerrüben auch eine solche für fertigen Zucker folgen müsse. Eine derartige Notwendigkeit wurde unter Hinweis auf die während des Krieges erheblich gestiegenen Gewinne der Zuckerrüben von den verschiedensten Seiten bestritten. Wie uns nun der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen mitteilt, ist eine Erhöhung der Rohzuckerpriese um 3 M pro Zentner beabsichtigt. Nach allen bisherigen Erfahrungen droht mit dieser Rohzuckerprieseerhöhung auch eine Preissteigerung für fertigen Zucker. Wohl geht zurzeit eine Nachricht durch die Presse, daß die Reichsregierung im Hinblick auf die Gewinne der Zuckerrüben nicht an eine Preiserrhöhung für Verbrauchszucker denke. Solche Mitteilungen sind mit genügender Vorsicht aufzunehmen. Von interessierter Seite wird bereits geltend gemacht, daß bei der Popsmenge von 24 Pfund pro Jahr eine Preiserrhöhung von 3 Pf. pro Pfund nur 72 Pf. für den einzelnen ausmache. Das sei doch nur eine ganz unwesentliche Mehrbelastung. Hoffentlich läßt sich die Reichsregierung von solchen Einwendungen nicht beeinflussen. Eine weitere Verteuerung des Zuckers ist unter dem Gesichtswinkel der Preissteigerung für sämtliche Lebensmittel zu beurteilen. Eine Preiserrhöhung tritt zu der oberen. Zum Schluß wird damit im Gesamteffekt eine unerträgliche Höhe erreicht. Wenn schon eine Erhöhung nicht zu umgehen ist (eine Notwendigkeit dafür ist vorläufig nicht ersichtlich), sollte, um eine weitere Erschwerung der Lebenshaltung zu vermeiden, der Ausgleich in einer Herabsetzung der Zuckersteuer gefunden werden.

Wirtschaftliche Bewegung

Bezirk Ebn.

Nagen. Endlich haben wir auch unseren, am 31. März d. J. abgelaufenen Tarifvertrag erneuern können. Die Nagenen Arbeitgeber sind nicht dem Arbeitgeberbund angeschlossen, sondern haben nur eine lokale Ortsgruppe. Daher war Nagen bei Erneuerung des Reichstarifes ausgeschlossen. Schon im März stellten wir den Antrag um Verhandlung zwecks Erneuerung des ablaufenden Vertrages und Vereinbarung einer entsprechenden Teuerungszulage. Eine Verhandlung lehnten die Arbeitgeber ab, erklärten aber schriftlich, daß sie bereit seien, den alten Vertrag ohne jegliche Lohnerhöhung auf weitere drei Jahre, also bis 1919 zu verlängern, und vom Tage der Unterzeichnung dieses Angebotes wollten die Herren für die Dauer des Krieges pro Stunde ganze 3 Pf. Teuerungszulage zahlen. Der Versuch, eine mündliche Verhandlung herbeizuführen, war erfolglos. Inzwischen wurde die Erneuerung des Reichstarifes vollzogen und stellten auch wir erneut den Antrag auf Verhandlung, aber wieder vergebens. Nachdem unerseits am 4. Juli dem Arbeitgeberverband schriftlich mitgeteilt wurde, falls er bis zum 16. Juli zu einer gemeinsamen Verhandlung nicht eingeladen habe, wir annehmen müßten, daß der Arbeitgeberverband die Vertragserneuerung nicht wollte, wir alsdann die Angelegenheit durch die Presse der Öffentlichkeit unterbreiten, sowie eine Einigung bei den einzelnen Geschäften erstreben würden, kam es dann am 7. August zu einer Verhandlung, welche wieder ergebnislos verlief. Der Vorsitzende, Herr Gumbgen, erklärte, er könne es nicht verantworten, wenn die Nagenen Bauarbeiter schon wieder 3 Pf. Teuerungszulage bekämen, da dieselben erst vor einigen Wochen 5 Pf. Teuerungszulage erhalten hätten. Daß die neue Zulage für die Nagenen Bauarbeiter bereits zwei Jahre zu spät kam, hat Herr Gumbgen außer Betracht gelassen. Als die Herren einige Tage später sahen, daß wir das letzte Mittel ergreifen würden, ist nachstehende Vereinbarung zustande gekommen.

Vereinbarung:

Zwischen der Abteilung Maurergewerbe im Arbeitgeberverband für das Baugewerbe im Nagenen Bezirk, eingetragener Verein, einerseits und dem Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands, Verwaltungsstelle Nagen, sowie dem Deutschen Bauarbeiterverband, Zweigverein Nagen, andererseits, wurde heute nachstehende Vereinbarung getroffen:

1. Der am 4. Juli 1913 vollzogene Tarifvertrag gilt vom Tage des Ablaufes als erneuert. Derselbe läuft einschließlich der nachstehenden Bestimmungen, sonst ohne jede Veränderung weiter bis zum 31. März 1917. Er verlängert sich unverändert um ein weiteres Jahr, also bis zum 31. März 1918, wenn am 31. Dezember 1916 mit einer der europäischen feindlichen Großmächte der Friede noch nicht geschlossen ist.

